

betreffend das Bundesgericht hat entschieden – Steingrabenhäuser müssen weg

Nun hat das Bundesgericht entschieden. Die Häuser am Steinengraben 30-36 dürfen abgerissen werden und werden Tiefgarage, Bürogebäude und Penthouse-Wohnungen weichen. Die Helvetia-Versicherung und auch der Kanton haben also Recht bekommen. Der günstige Wohnraum verschwindet, BewohnerInnen müssen die Häuser nun definitiv verlassen.

Inzwischen hat die Regierung auf Motion der Sozialpartner hin jedoch das Wohnraumförderungsgesetz verschärft. Zudem hat die Volksabstimmung vom 10.6.2018 ("4xJA") einen Paradigmenwechsel bewirkt, der vom Bundesgericht noch nicht berücksichtigt werden konnte, der aber den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in den Vordergrund rückt. Ein solcher Abriss mit einer solch Folgennutzung hätte wohl heute – auch nach dem wichtigen 4xJA Entscheiden diesen Frühling – nicht mehr stattgefunden. Nichts desto trotz: Das oberste Gericht hat in einem Altfall noch nach bisherigem Recht (vor dem 10.6.2018) gesprochen, dies gilt es zu respektieren.

Dennoch bittet die Interpellantin die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie haben sich die Grundlagen (rechtlicher Natur) seit der damaligen Projekteingabe verändert?
2. Wäre ein solches Bauprojekt unter diesen Prämissen aus Sicht der Regierung zum heutigen Zeitpunkt noch zulässig und/oder vertretbar?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat künftig solche Abrisse von günstigem Wohnraum zu verhindern und/oder wie gedenkt der Regierungsrat der Verdrängung von bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken?
4. Nutzt der Regierungsrat den Entscheid der Stimmbevölkerung im Juni, um den Paradigmenwechsel in der Wohnpolitik durchzuführen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu erhalten?
5. Die Regierung hat in Beantwortung eines früheren Vorstosses zu Abbruchfragen darauf hingewiesen, nicht tätig werden zu wollen, solange Rechtsverfahren noch hängig sind. Mit der Rechtshängigkeit ist dieser Vorbehalt nun am Steinengraben nicht mehr gegeben. Wie steht der Regierungsrat zur Forderung des Mieterverbandes einen Runden Tisch zwischen Politik, Helvetia-Versicherung, Mieterverband und BewohnerInnen zu organisieren?

Sarah Wyss